

Stellungnahme des Ortsvorstandes Bergisch Gladbach zu den aktuellen Vorwürfen des Kreisvorstandes Rheinisch-Bergischer-Kreis

Folgende Erläuterungen wurden von den Genossen Lucie Misini, Markus Winterscheidt und Thomas Klein niedergeschrieben, um sämtliche Abläufe zu verdeutlichen, die zum aktuellen Eklat innerhalb des Kreisverbandes DIE LINKE. Rheinisch-Bergischer-Kreis führten.

Diese Aufzeichnungen sollen verdeutlichen, wieso die Genossen Tomas Santillan und Klaus-Reuschel-Schwitalla gegen die Autoren dieses Artikels und weiterer Parteimitglieder vorgehen und diese sogar aus der Partei ausschließen lassen wollen. Es soll verdeutlichen, dass sämtliche aktuellen Vorwürfe, die diese beiden Genossen gegen die Autoren dieses Artikels hervorbringen nur vorgeschoben sind und die eigentlichen Gründe dazu viel weiter in der Vergangenheit liegen.

Die Autoren dieses Artikels waren bis zur Auflösung des Ortsverbandes Bergisch Gladbach im Ortsvorstand Bergisch Gladbach. Lucie Misini und Thomas Klein sind im Rat der Stadt Bergisch Gladbach und alle drei wurden am 20.06.2020 auf die Reserveliste für die Kommunalwahl 2020 gewählt. Und eben jene Wahl wollten die Genossen Santillan und Reuschel-Schwitalla eigenmächtig anfechten, ohne jedoch ein Urteil der Schiedskommission abzuwarten.

Die Landesschiedskommission hat mittlerweile jedoch bestätigt, dass die am 20.06.2020 durchgeführten Wahlen rechtens waren. Trotzdem sprachen die Gegner dieses Artikels, wo auch der Antragsteller zur Auflösung des Ortsverbandes, Patrick Graf, weiterhin von Wahlmanipulation und Betrug und sorgten mit diesen Anschuldigungen für die Auflösung des Ortsverbandes. Da ihre Anschuldigungen, die sie bei der Landesschiedskommission eingereicht hatten, jedoch haltlos waren und deshalb nicht anerkannt waren, schoben sie weitere Argumente vor, um ihr Ziel doch noch zu erreichen.

Gründung der Fraktion in Bergisch Gladbach 2014

2014 fanden Kommunalwahlen in Bergisch Gladbach statt. Auf der Reserveliste wurden gewählt: Katharina Henkel, Thomas Klein, Lucie Misini, Tomas Santillan, Melissa Dönmez. Durch die Quotierung kam Lucie auf Platz 3 und Tomas auf Platz 4. Bei der Kommunalwahl gewann Bergisch Gladbach drei Ratssitze. Tomas wollte unbedingt weiter Ratsherr bleiben, weshalb er mehrfach versuchte Lucie zum Rücktritt zu bewegen, damit er auf Platz 3 nachrücken konnte. Als Lucie sich darauf nicht einließ, versuchte er sie mit einem Posten als Geschäftsführerin und einem Festgehalt von 450 € zu ködern. Auch darauf lies Lucie sich nicht ein.

Als nächstes kam Tomas mit der Idee, dass Katharina den Fraktionsvorsitz übernehmen sollte (Katharina ist eine enge Vertraute von Tomas) und er würde Geschäftsführer werden.

Nach diesen und vielen weiteren Intrigen innerhalb der gewählten Mandatsträger fand ein Gespräch zwischen Lucie und Thomas statt, die es beide Leid waren, dass Tomas so vehement einen Posten innerhalb der Fraktion anstrebte, dass sie sich gezwungen sahen, zu zweit über die Bildung einer Ratsfraktion nachzudenken. Da Katharina immer wieder mit Forderungen kam, durch welche sie Tomas Santillan und Patrick Graf (enger Freund von Tomas) in irgendeiner Weise in die Fraktion einbringen wollte, die Lucie und Thomas nicht gewillt waren umzusetzen, da das Vertrauen Tomas und Katharina gegenüber mittlerweile völlig zerstört war, fanden sie gemeinsam die Abmachung zu zweit eine Fraktion zu bilden.

Der Termin zur konstituierenden Sitzung zur Bildung der Ratsfraktionen rückte immer näher, weshalb die zwei gezwungen waren, schnell eine Entscheidung zur Bildung einer Fraktion zu treffen. Die Gespräche mit Tomas und Katharina zogen sich jedoch immer weiter in die Länge.

Damit ging eine öffentliche Schlammschlacht los, die damit begann, dass Tomas mit seinem Freund Patrick Graf öffentlich Lucie und Thomas diffamierten, in dem sie mit Plakaten durch die Stadt liefen, wo in altdeutschen Lettern Heil Thomas und Ich mache alles, was Thomas sagt stand.

Thomas Klein verklagte daraufhin Patrick Graf, der der Strippenzieher bei dieser Diffamierung war. Der Prozess ist aktenkundig.

Zur ersten Fraktionssitzung fanden sich verschiedene linke Mitglieder ein, die sich als sachkundige Bürger anboten. Unter anderem nahmen an dieser Sitzung Katharina, Tomas und Patrick teil. Auf dieser Sitzung wurde Katharina sehr ausfallend und beschwor die Anwesenden Tomas doch gefälligst Respekt entgegenzubringen. Schließlich sei er bereits seit vielen Jahren bei den Linken und dementsprechend müsste Tomas einen Posten in der Fraktion bekommen. Lucie sprach sich entschieden dagegen aus mit den Worten: „So nicht!“ Daraufhin wurden die Anwesenden von Katharina und Tomas als Faschisten und Sexisten beschimpft.

Dies nahmen alle Anwesenden (unter anderem auch Peter Tschorny und Cemal Durgun, die mittlerweile jedoch auf Tomas Seite sind) zum Anlass, sich gegen eine Zusammenarbeit mit Tomas und Katharina auszusprechen.

In der Anfangszeit hatte Tomas keine Gelegenheit ausgelassen, die Linksfraktion in Bergisch Gladbach in der Öffentlichkeit schlecht zu machen und darzustellen. Obwohl Tomas in den sozialen Medien immer wieder gegen die Fraktion schoss, hatte sich die Fraktion damals schon einstimmig dazu entschlossen, auf die ständigen Vorwürfe und Unterstellungen nicht einzugehen, zum Wohle der Partei, damit die Streitigkeiten nicht zu sehr in der Öffentlichkeit breitgetreten wurden.

Die Linke Fraktion bildet eine Koalition mit der Bürgerpartei GL

2016 löste sich in Bergisch Gladbach die AfD-Fraktion auf und bildete eine neue Fraktion unter dem Namen „Mitte-rechts“. Deshalb fand im Stadtrat kurzfristig eine neue konstituierende Sitzung statt. Das bedeutete auch für die Linksfraktion, sich neu bilden zu müssen. Genau zu diesem Zeitpunkt befand sich der Fraktionsvorsitzende Thomas im Ausland. Um in Bergisch Gladbach eine Fraktion bilden zu können, benötigte man damals zwei Rantsmandate (jetzt drei). Diese mussten bei der konstituierenden Sitzung vor Ort sein. Nun gab es zwei Möglichkeiten, damit die Linke überhaupt weiterhin eine Fraktion stellen konnte: Entweder wird Tomas Santillan in die Fraktion aufgenommen (wogegen sich jedoch die gesamte Fraktion, inkl. aller Sachkundigen Bürger aussprachen) oder man bildete mit der Bürgerpartei GL eine gemeinsame Fraktion. Für dieses Bündnis sprach sich damals die gesamte Fraktion aus. Dies nahm erneut Tomas zum Anlass, in der Öffentlichkeit gegen die Fraktion zu schießen. So behauptet er beispielsweise bis heute, dass es sich bei der Bürgerpartei um eine rechte Partei handelt. Folglich stellt er die Linken in Bergisch Gladbach als Bündnispartner mit einer rechten Partei dar.

Immer wieder stellte Tomas in den folgenden Monaten Anträge an den Ortsverband und den Kreisverband, dass die Linke das Bündnis mit der Bürgerpartei GL umgehend beenden und ihn mit in die Fraktion aufnehmen solle. Anfragen dazu stellte er auch immer wieder an die Fraktion selbst. Und immer entschied sich die gesamte Fraktion einstimmig gegen eine Zusammenarbeit mit Tomas.

Im März 2020 entschied sich die Fraktion, das Bündnis mit der Bürgerpartei GL beenden zu wollen, um als starke Linke ohne Koalitionspartner in den bevorstehenden Wahlkampf einzuziehen. Dadurch hätte eine erneute konstituierende Sitzung stattgefunden. Nachdem Corona auch Bergisch Gladbach zu einem Lockdown zwang, und der Stadtrat dadurch nicht mehr zusammenkam, entschied man sich jedoch dagegen, da eine Beendigung des Bündnisses in der Corona-Krise zu unvorhersehbaren Ereignissen hätte führen können.

Wir bildeten den neuen Kreisvorstand

2018 war Frank Albert von der Ohe Kreisvorsitzender der Linken des Rheinisch-Bergischen-Kreises und seine Frau Alexandra von der Ohe Schatzmeisterin.

Vor den Neuwahlen des Kreisvorstandes sollte eine Kassenprüfung stattfinden. Gewählte Kassenprüfer waren Markus Winterscheidt und Petra Müller. Als Markus zum Kassenprüfer gewählt wurde, war dies sein erstes gewähltes Amt. Die Wahlversammlung, wo er gewählt wurde, war seine erste Wahlversammlung. Er sah dies als einen guten Einstieg in seine politische Tätigkeit.

Die Kassenprüfung fand bei Frank zuhause statt. Allerdings wurde Markus als Kassenprüfer alleine eingeladen. Man sagte ihm, dass die 2. Kassenprüferin nicht auffindbar sei. Später erfuhr Markus von Petra, dass man sie nie versucht hatte zu erreichen. Frank wollte, dass Markus die Kassenprüfung alleine durchführt. Bei der Kassenprüfung war selbst die Schatzmeisterin Alexandra von der Ohe nicht anwesend, was Markus schon sehr eigenartig fand. Markus weigerte sich zunächst, die Kasse alleine zu prüfen. Da Markus diesen Job sehr ernst genommen hatte, hatte er sich im Vorfeld ausgiebig mit den Aufgaben eines Kassenprüfers beschäftigt. Frank versuchte daraufhin Druck auf Markus auszuüben, indem er sagte, dass die Kasse schon immer von nur einem Kassenprüfer abgenommen wurde. Trotzdem weigerte Markus sich, die Kasse als alleiniger Kassenprüfer endgültig abzunehmen. Allerdings wollte er die Unterlagen schon einmal alleine in Augenschein nehmen und sichten. Bei der Sichtung fiel Markus bereits auf, dass einige Belege nicht vorhanden waren. Außerdem konnte er durch ein fehlendes Beschlussbuch nicht feststellen, ob getätigte Ausgaben der Schatzmeisterin vom Vorstand beschlossen worden waren also rechtens seien. Darüber hinaus fielen Markus Rechnungen in die Hände von Rösrather Restaurants, aus denen hervorging, dass der OV Rösrather, dem damals der gesamte Kreisvorstand angehörte, seine Mitgliederversammlungen in Restaurants abhält, während andere OVs mehr oder weniger darum betteln mussten, auch nur 20 € für ihre Mitgliederversammlung zu erhalten. Markus erinnert sich an eine Aussage Frank von der Ohes, als Markus im Vorstand des OV GL war und eine Rechnung über Essen und Getränke beim Vorstand einreichte, er solle aber „an den Pfand“ denken. Später behauptete Frank, er hätte dies nur im Scherz gesagt. Als er nun jedoch diese Rechnungen mehrerer Restaurantbesuche entdeckte, fand er das gar nicht mehr so lustig. Im Übrigen nahm Markus später einmal als Vorsitzender des Kreisverbandes selbst an so einer Sitzung in einem Restaurant teil. Angeblich fände man in Rösrather keine anderen Räumlichkeiten. Markus, wie auch der Rest des damaligen Vorstandes hatten diese Mitgliederversammlung bewilligt, um sich so eine Sitzung selbst einmal anzusehen. Man stellte fest, dass auf so einer Rösrather Mitgliederversammlung im Restaurant Personen (Mitglieder) aufgetaucht waren, die man nie zuvor gesehen hatte, die sich nie in irgendeiner Weise an dem politischen

Geschehen im Rheinisch-Bergischen-Kreis beteiligt hatten. Es hatte den Anschein, als wolle man dort nur auf Kosten der Partei Essen gehen.

Nachdem die Sichtung der Kasse bei Frank zuhause bereits über 4 Stunden andauerte, begann Frank weiterhin Druck auf Markus auszuüben, er solle sich langsam mal beeilen. Nach diesen vier Stunden hatte Markus gerade einmal die Unterlagen soweit sortiert (denn eine chronologische und sortierte Abfolge der Kassenunterlagen wurden ihm nicht vorgelegt), dass er gerade einmal damit beginnen konnte, eine Prüfung vorzunehmen. Nachdem Markus dagegen ansprach, dass es so lange dauert, wie es dauert, begann Frank ihn zu beleidigen. Wenn er keine Lust auf so einen Job hätte, dann hätte er sich nicht aufstellen lassen dürfen und er hätte eh keine Ahnung von der Materie.

Markus denkt heute, dass Frank ihn als alleinigen Kassenprüfer (eigenmächtig) ausgewählt hatte, weil er dachte, Markus wäre leicht manipulierbar. Markus ist eine sehr ruhige Person und bis dato noch nie großartig aufgefallen) Frank schien sich in Markus jedoch getäuscht zu haben. Und als gelernter Kaufmann hatte er sehr wohl soweit Kenntnis von Kassengeschäften und Buchführung, dass er sich durchaus in der Lage sah, eine Kasse ordnungsgemäß zu prüfen.

Weiterhin behauptete Frank an diesem Tage, dass der ehemalige Kassenprüfer (er sprach auch dort immer nur von einem), die Kasse in der Vergangenheit in einer halben Stunde geprüft hätte. Und das wäre schon sehr auffällig, dass Markus nach vier Stunden immer noch nicht fertig sei. Im Nachhinein behauptet Markus, dass die Kasse des Kreisverbandes demnach wahrscheinlich noch nie wirklich geprüft wurde. Man also alles durchgewunken hatte. Markus war sich hingegen sehr wohl bewusst, dass er mit seiner Unterschrift den gesamten Vorstand entlastet und in Zukunft selbst verantwortlich für die Kasse ist. Deshalb konnte und wollte Markus so keine Unterschrift leisten.

Als relatives Neumitglied in der Partei die Linke fühlte Markus sich zunächst ziemlich überfordert mit der Situation und sprach deshalb mit einigen Genossinnen und Genossen, was er nun machen solle. Der allgemeine Tenor war, dass er dazu einen Bericht verfassen sollte und dies der Mitgliederversammlung vorlegen sollte. Markus telefonierte sogar mit Frank und wollte eine Lösung in irgendeiner Art und Weise herbeiführen. Er fühlte sich zu dem Zeitpunkt noch sehr unwohl damit, den Kreisvorstand an den Pranger zu stellen. Selbst bei dem Telefonat wurde Markus weiterhin nur beleidigt. Deshalb entschloss er sich letztendlich doch, diesen Bericht zu schreiben und der Mitgliederversammlung vorzulegen.

Bei der Wahlversammlung, wo ein neuer Kreisvorstand gewählt werden musste, versuchte Frank sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren, dass Markus seinen Bericht dem Kreisparteitag mitteilt. Ohne Markus zu informieren, hatte Frank alle Kassenunterlagen an den Landesverband weitergeleitet und meinte nun, der Kassenbericht brauche nicht vorgetragen zu werden, da der Landesverband sich dem angenommen hätte. Später erfuhr Markus vom Landesverband, dass Frank ihnen die Aufgabe aufgedrückt hatte, sie also nicht, wie Frank behauptet hatte, sich dem freiwillig angenommen hatten. Frank hatte wohl behauptet, die Kassenprüfer weigerten sich, die Kasse zu prüfen.

Markus stellte auf der Versammlung den Antrag an die Mitglieder, den Bericht trotzdem vortragen zu dürfen. Dafür sprach sich ein Großteil der Versammlung aus. Noch bevor Markus den Bericht vortrug, flüsterte ihm Alexandra von der Ohe (noch amtierende Schatzmeisterin) ins Ohr: „Wenn du das machst, kannst du dich warm anziehen.“ Franz-Albert Krämer hatte das wohl mitbekommen, und fragte Markus hinterher, ob sie das wirklich zu ihm gesagt hatte.

Nachdem Markus seinen Bericht vorgetragen hatte, nahm dies die gesamte Versammlung zum Anlass, den alten Vorstand abzusetzen.

Markus stellte auf der Versammlung den Antrag in Zukunft einen Sprecherrat zu haben, da seiner Meinung nach Frank die Partei relativ diktatorisch geführt hatte, und er so etwas nicht mehr wolle. Die Versammlung einigte sich auf einen 3 köpfigen Sprecherrat, der später auf 5 Köpfe erweitert wurde.

In den Sprecherrat wurden aufgenommen: Susanne Winterscheidt, Markus Winterscheidt und Mike Galow aus Wermelskirchen.

Etwas später wurden dann Lucie Misini und Claudia Watzlawik nachgewählt.

Dies ist der Grund, weshalb die von der Ohes Markus bis heute auf den Tod hassen.

Kurze Zeit später verließ Frank Albert von der Ohe die Partei und verkündete, dass er erst wieder eintreten werde, wenn Markus nicht mehr dabei ist. Zu erwähnen ist dabei, dass Frank ein Mandat innehatte, welches er mitnahm und fortan als parteiloses Mitglied im Rat für die Fraktion in Rösrath sitzt.

Markus und seine Frau Susanne waren bis dahin -zwar keine sachkundigen Bürger*innen, jedoch- sehr interessiert an der Arbeit der Kreistagsfraktion. Alexandra von der Ohe war damals Fraktionsvorsitzende der Kreisfraktion. Nach dem Absetzen des Kreisvorstandes schmiss Alexandra Markus und seine Frau aus der Fraktion. Fortan wurde ihnen verweigert, weiterhin in der Fraktion mitzuarbeiten.

Bis heute behaupten die von der Ohes und Klaus Reuschel-Schwitalla (der seinen bis heute andauernden Geschäftsführerposten Frank von der Ohe zu verdanken hat, der ihn damals eingestellt hatte), dass alle Behauptungen diesbezüglich von Markus erstunken und erlogen seien, und dass die von der Ohes nichts falsch gemacht hätten. Markus hätte lediglich mit seinem Auftreten dafür gesorgt, dass ein gutes Mitglied der Linken die Partei verlassen hatte.

Die Sache mit dem Geschäftsführer

Als Frank Albert von der Ohe noch Vorsitzender des Kreisverbandes war, stellte er der Mitgliederversammlung einen möglichen Geschäftsführer vor: Klaus Reuschel-Schwitalla. Er überzeugte die Mitgliederversammlung davon, dass dringend ein Geschäftsführer benötigt würde. Obwohl sich einige Mitglieder gegen einen Geschäftsführer ausgesprochen hatten (darunter Thomas Klein), wurde der Geschäftsführer mit großer Mehrheit beschlossen, da Frank damals behauptet hatte, der Geschäftsführer könne alleine von den Einnahmen der Mandatsträger bezahlt werden. Zu dem Zeitpunkt, als der Geschäftsführer eingestellt wurde, stimmte dies vielleicht noch. Später hatten einige Mandatsträger die Partei verlassen und hatten ihre Mandate mitgenommen (unter anderem Frank Albert von der Ohe), wodurch es später nicht mehr zutraf, dass der Kreis genügend Einnahmen habe, um einen Geschäftsführer zu bezahlen.

Nachdem der neue Sprecherrat seine Arbeit aufgenommen hatte, wurde die endgültige Kassenprüfung beim Landesverband durchgeführt. Neben Markus, der noch weiterhin Kassenprüfer für den alten Vorstand war, wurde der mittlerweile verstorbene Genosse Werner Schwamborn zum zweiten Kassenprüfer nachgewählt. Gemeinsam fuhr man zum Landesverband nach Düsseldorf, um

dort gemeinsam mit der dortigen Schatzmeisterin die Kasse zu prüfen. Dort wurde dann die Kasse schließlich abgenommen. Dabei wurde Markus von den anwesenden Landesvorstandsmitgliedern deutlich bestätigt, dass er richtig gehandelt hatte und man froh sei, dass die Behauptung, die Kassenprüfer hätten die Kasse nicht prüfen wollen, nicht stimmte.

Bei dieser Kassenprüfung kam dann auch heraus, dass der alte Vorstand den Geschäftsführer eigenmächtig eingestellt hatte, was dieser nicht hätte tun dürfen, da Dauerschuldverhältnisse nur vom Land aus getätigt werden dürfen. Noch eine Verfehlung des alten Vorstandes, was zu diesem Zeitpunkt jedoch erst rauskam.

Der Landesvorstand, in Persona Sascha Wagner (Geschäftsführer) und Michael Kretschmer, machten daraufhin den Vorschlag, dass der KV den Geschäftsführer kündigt und das Land ihn wieder einstellt.

Da wir uns mitten in den Vorbereitungen zum Bundestagswahlkampf 2018 befanden, und der ehemalige Vorstand keinerlei Vorbereitungen für den Wahlkampf getroffen hatte, hatte der neue Sprecherrat nicht die Zeit, um sich eingehend mit dem Thema Geschäftsführer zu befassen. Und da der Sprecherrat nicht wollte, dass jemand wegen ihnen seinen Job verliert, stimmte der Sprecherrat schnell zu. Zusätzlich hatte man den Sprecherrat allerdings auch unter Druck gesetzt, dass aktuell eine Prüfung im Landesverband anstand, und dass die Sache mit dem Arbeitsvertrag ganze schnell geregelt werden musste. Ohne lange überlegen zu dürfen, mussten wir also handeln.

Da Klaus ein sehr guter Freund von Frank war, und wir dafür gesorgt hatten, dass Frank nicht weiter Vorsitzender des Kreises war, stellte sich die Zusammenarbeit mit Klaus als Geschäftsführer und Schatzmeister (damals hatten wir uns nichts dabei gedacht, dass Klaus zusätzlich zu seinem Geschäftsführerposten auch Schatzmeister wurde. Der Vorschlag dazu kam wohl von der Landesschatzmeisterin. Später stellte sich diese Konstellation als sehr problematisch heraus) von Anfang an als sehr schwierig heraus. Nachdem Klaus mehrfach Beschlüsse von uns missachtete oder sein „Veto“ aussprach, wenn es um Gelder ging, war das Vertrauen sehr schnell zerrüttet. Mike Galow trat als erstes von dem Sprecherrat zurück, da er mit Klaus nicht mehr zusammenarbeiten wollte und konnte. Die anderen, noch verbliebenen Sprecherratsmitglieder bezeichnete er als Kofferträger von Klaus und dass Klaus doch eigentlich die Macht in Händen hielt.

Der verbliebene Sprecherrat entschloss sich für den freigewordenen Platz Konrad Wolfram vorzuschlagen, da er (ebenso wie der ausgeschiedene Mike Galow) aus dem Norden des Kreises kam und man es gut finden würde, wenn der Norden weiterhin im Sprecherrat vertreten war. Diesem Vorschlag schloss sich die nächste Kreismitgliederversammlung an, sodass Konrad in den Sprecherrat aufgenommen wurde.

Irgendwann stellte sich im Sprecherrat die Frage, ob wir überhaupt noch einen Geschäftsführer bräuchten. Im Gegensatz zu Frank früher waren wir 5 Personen, die alle gewillt waren zu arbeiten. Außerdem stellten wir fest, dass das Gehalt des Geschäftsführers immer mehr den Kassenbestand schrumpfen ließ. Wir waren der Meinung, uns nicht auf Dauer einen Geschäftsführer weiterhin leisten zu können. Zumal sich dieser Geschäftsführer immer mehr als eigentlicher „Machthaber“ innerhalb der Partei aufspielte.

Auf der nächsten Kreismitgliederversammlung, wo der Kassenbestand veröffentlicht wurde, sahen auch einige Mitglieder der Partei, dass man sich den Geschäftsführer nicht länger leisten konnte. Werner Schwamborn und Franz-Albert Krämer stellten daraufhin den Antrag, den

Geschäftsführerposten aufzulösen. Allerdings hatte Klaus bereits vorgearbeitet. Er hatte sehr viele Mitglieder der Partei mobilisiert, sie angerufen und ihnen erklärt, weshalb wir weiterhin unbedingt einen Geschäftsführer bräuchten, sodass auf der folgenden Mitgliederversammlung, wo es um den Posten des Geschäftsführers gehen sollte, so viele von Klaus mobilisierte Genossinnen und Genossen auftraten, dass Klaus weiterhin als Geschäftsführer bestätigt wurde. Bis heute bestreitet Klaus dieses Vorgehen zum Erhalt seines Postens und seines festen Einkommens.

Daraufhin eskalierte selbstverständlich der Streit mit Klaus, was Konrad zum Anlass nahm, ebenfalls den Sprecherrat zu verlassen. Er hatte den Sprecherrat verlassen, weil wir in seinen Augen Klaus mobbten.

Nachdem Konrad zurückgetreten war, rückte Roland Reiter in den Sprecherrat nach. Auch Roland stellte sehr schnell fest, dass man mit Klaus nicht zusammenarbeiten konnte. Es gab eigentlich kaum noch eine Vorstandssitzung, wo sich nicht gestritten wurde.

Klaus suchte sich sehr schnell Verbündete im Landesverband und fand diese auch mit Sascha Wagner und Michael Kretschmer. Da Klaus eh ständig in Düsseldorf war, worüber er dem Sprecherrat auch nie dachte, Rechenschaft abzulegen, was er dort machte, war dies auch relativ leicht für ihn. Rechenschaft legte er zwar nie ab, sich selbst stellte er aber ständig Reisekostenabrechnungen aus. Dafür schien er berechtigt, da er ja schließlich bis heute Geschäftsführer und Schatzmeister in einer Person war und ist.

Sascha und Michael stellten sich als Vermittler und Schlichter für die Streitigkeiten im Kreis zur Verfügung. Dies jedoch nur scheinbar, denn egal, was man gegen Klaus hervorbrachte, Sascha und Michael schienen immer zu Klaus zu halten und ihm beizustehen. So hatte Klaus beispielsweise sämtliche Kreismitglieder angerufen, um sie auf seine Seite zu ziehen und ihnen erklärt, weshalb wir weiterhin einen Geschäftsführer bräuchten, wie bereits oben erwähnt. Sascha Wagner meinte dazu nur, dass wir an seiner Stelle das gleiche getan hätten. Dass er eventuell seinen Posten missbraucht hatte, da er als Schatzmeister und Geschäftsführer der einzige war, der Zugriff auf alle Mitgliederdaten hat, um weiterhin sein Gehalt zu sichern, wurde mit keinem Wort erwähnt, bzw. fanden die zwei Landesvorstandsmitglieder nicht schlimm.

Bei der ganzen Auseinandersetzung kam dann überhaupt erst raus, und das machten die zwei uns sehr deutlich, dass Klaus eh unkündbar sei, da er einen unbefristeten Vertrag hat und außerdem einen besonderen Kündigungsschutz genießt.

Als wir dies auf einer der kommenden Mitgliederversammlungen den Mitgliedern mitteilten, waren einige doch extrem erstaunt darüber. Dies schien so niemandem klar gewesen zu sein. Mehrere Mitglieder versicherten, dass dies, als der Geschäftsführer eingestellt wurde, nie zur Sprache gekommen war. Wäre das zur Sprache gekommen, hätten einige Mitglieder sicherlich gegen die Einstellung eines Geschäftsführers gesprochen, der quasi auf Lebenszeit eingestellt werden soll. Der Landesverband sagte dazu nur, dass diese den Vertrag von uns quasi übernommen hätten. Wir hätten Klaus schon unbefristet eingestellt (mit „wir“ meinten sie den alten Vorstand), also hatte der Landesverband ihn ebenfalls unbefristet eingestellt. Obwohl wir, wie bereits erwähnt, damals kaum Zeit gehabt hatten, uns über den Vertrag Gedanken machen zu können, wirft man uns das bis heute vor: Wir hätten es doch so gewollt. Wir fragen uns heute: hätte der Landesvorstand uns nicht darauf aufmerksam machen können/müssen, dass wir (sie) gerade dabei sind, einen Arbeitsvertrag auf Lebenszeit auszustellen? Wäre es nicht besser gewesen, sie hätten uns kontaktiert und gefragt, ob

das wirklich unser Wille ist? Und wäre es nicht richtiger gewesen, der Landesverband hätte uns vor Abschluss des Vertrages diesen einmal zur Einsicht zugeschickt? Wir hatten diesen Vertrag nie zu Gesicht bekommen. Vermutlich hätte man sich damit herausgeredet, dass dazu, wegen der anstehenden Prüfung keine Zeit gewesen wäre. Fakt ist jedoch, dass Klaus von da ab Mitarbeiter des Landesverbandes war, der Kreisverband aber für sein Gehalt aufkommen muss, und im Gegenzug keinerlei Mitspracherechte beim Geschäftsführer hat. Von da ab machte Klaus uns immer wieder deutlich, dass wir ihm nichts zu sagen hätten, da wir nicht sein Arbeitgeber seien.

Das erste große Schlichtungsgespräch fand in der Landeszentrale in Düsseldorf statt, wohin der gesamte Sprecherrat und Klaus eingeladen wurden. Wenn wir an dieses Gespräch zurückdenken, sehen wir dieses rückblickend lediglich als eine Art Vorführung uns gegenüber. Man versuchte uns dort lediglich mundtot zu machen und Druck auf uns auszuüben, man solle Klaus gefälligst in Ruhe lassen. Dies hatte nichts mit einem Schlichtungsgespräch zu tun. Bei diesem Gespräch kam dann auch zum ersten Mal zur Sprache, dass wir im Rheinisch-Bergischen-Kreis einen Sprecherrat haben. Daraufhin meinte die ehemalige Landeschatzmeisterin, die ebenfalls bei dem Gespräch dabei gewesen ist: „Was ist das denn? Das hört sich ja an wie ein Klüngelverein.“ Zu diesem Zeitpunkt machte uns jedoch noch niemand darauf aufmerksam, dass ein Sprecherrat auf Kreisebene nicht erlaubt sei. Ob dies tatsächlich genau so stimmt, wissen wir bis heute nicht.

Dies geschah erst bei einer unserer Kreisvorstandssitzungen, wo Michael und Sascha als „Schlichter“ wieder anwesend waren. Da drohte uns Michael ziemlich deutlich, dass wir mal nicht so einen Wind machen sollen, sonst lösen die den Sprecherrat ganz schnell auf, da dieser eh nicht rechtens sei.

Nachdem Klaus nun so extrem die Rückdeckung aus Düsseldorf hatte, führte er sich uns gegenüber noch weitaus mehr wie ein Despot auf. Wir durften ihm gar nichts mehr sagen. Wir hatten keinerlei handhabe mehr gegen ihn. Immer wieder machte er uns deutlich, dass wir nicht seine Arbeitgeber seien, sondern Düsseldorf, weshalb er uns gegenüber auch keine Rechenschaft ablegen müsse. Wir fühlten uns als Vorstand des Kreisverbandes zusehends machtlos. Doch wir wollten uns nicht geschlagen geben. Schließlich wurden wir von den Mitgliedern des Kreises gewählt, um für den Kreis tätig zu sein und Schaden von den Linken des Kreises abzuwenden.

Nachdem wir also keine Ruhe gegeben hatten, löste Michael und Sascha den Sprecherrat bei einer Mitgliederversammlung tatsächlich auf und übernahm deren Geschäfte. Darüber wurde, wie es sich bei den Linken gehört, abgestimmt. Die meisten Mitglieder nahmen natürlich nur die Streitigkeiten insgesamt wahr und wollten, wie eigentlich jeder, endlich Ruhe im Kreis. Also befand die Mehrheit der anwesenden Mitglieder es als eine gute Idee, die Geschäfte vom Landesverband übernehmen zu lassen, dem wir auch letztendlich zugestimmt hatten, da auch wir für Frieden im Kreis waren. Es wurde abgemacht, dass das Land die Geschäfte des Kreises für ein halbes Jahr übernimmt und in der Zeit weitere Schlichtungsgespräche stattfinden sollen.

Der gesamte Sprecherrat wurde also aufgelöst, alle wurden ihres Amtes enthoben. Bis auf Klaus, der nicht nur als Geschäftsführer weiter machen durfte, sondern sogar als Schatzmeister. Und gerade als Schatzmeister war er eigentlich Teil des Sprecherrates und hätte ebenfalls die Geschäfte abgeben müssen. Düsseldorf hatte Klaus jedoch, anstatt sich wirklich selbst um die Geschäfte zu kümmern, alle Aufgaben und Kompetenzen an Klaus abgetreten, selbst die des Schatzmeisters. Obwohl jeder der Mitglieder bei der Abstimmung davon ausgegangen war, dass das Land, also auch die Landesschatzmeisterin diese Aufgaben übernimmt. Rückblickend betrachtet wurde in unseren Augen

also nicht der Sprecherrat aufgelöst, sondern die Gegner von Klaus wurden neutralisiert, sodass Klaus nun den gesamten Kreis alleine „beherrschte“.

In der gesamten Zeit, wo der Landesvorstand angeblich die Geschäfte übernommen hatte, fand nicht ein Schlichtungsgespräch statt.

Nachdem das halbe Jahr rum war, fanden Neuwahlen des Kreisvorstandes statt. Gewählt wurde diesmal als Kreisvorsitzender Tomas Santillan. Die weibliche Stelle blieb aus Mangel an Bewerberinnen frei. Als Beisitzer wurden gewählt: Alexandra von der Ohe, Thomas Döneke und Andrea Persy. Nachgewählt wurde später noch Petra Müller.

Bis heute hasst Klaus uns selbstverständlich wie die Pest und würde nichts lieber sehen, als uns außerhalb der Partei. Da wir in seinen Augen lediglich Störenfriede sind und wir immer wieder gegen Klaus als eigentlichen Machthaber innerhalb der Partei agieren. Wir sind bis heute immer noch der Meinung, dass niemand in der Partei Die Linke so viel Macht besitzen sollte, wie Klaus dies scheinbar hat. Er überlebt jeden, der sich ihm in den Weg stellt, vor allem, wenn er sein Gehalt als Geschäftsführer in Gefahr sieht. Bis heute sind wir der Meinung, dass Klaus in einem 100 Personen-Kreisverband viel zu wenig zu tun hat, als dass ein Gehalt von 450 € im Monat gerechtfertigt wäre. Bis heute wissen wir nicht, was Klaus wirklich für sein Geld tut, da er uns gegenüber ja nie Rechenschaft abgelegt hat. Zum anderen rechnete er in manchen Monaten bis zu 200 € Bürokosten mit der Partei ab. Was er völlig selbständig tat, da er ja schließlich auch noch der Schatzmeister war. Und wir hatten keinerlei Handhabe, ihn irgendwie kontrollieren zu dürfen, da über ihn der Landesverband wachte. Und das ist bis heute so.

Michael Kretschmer hatte noch auf der letzten Sitzung, wo der Ortsverband aufgelöst wurde, behauptet, in dieser Stellungnahme verbreiteten wir Lügen über den Landesvorstand. Allerdings sagt er nie, was von dem, was wir hier aufgeschrieben haben, gelogen ist. Dass Klaus in Sascha Wagner und Michael Kretschmer Freunde und Unterstützer gefunden hat, und diese über ihn wachen, ist natürlich nur unser Gefühl und lässt sich nicht belegen. Dass die beiden aber dafür gesorgt hatten, dass Klaus die Geschäfte inkl. der Kassengeschäfte für ein halbes Jahr alleine übernehmen konnte, ist belegbar. Und dass Michael auf einer unserer Vorstandssitzungen drohte, den Vorstand aufzulösen, wenn wir weiterhin so einen Wind machen, wird von einigen Zeugen bestätigt. Von welchen Lügen redet Michal also?

Die Verfehlungen des aktuellen Kreisvorstandes unter Tomas Santillan

1. Nicht durchgeführte Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Bergisch Gladbach

Im Dezember 2019 hätte der OV GL eine Wahlversammlung zur Wahl eines neuen Ortsvorstandes durchführen müssen. Da Kommunalwahlen bevorstanden, sollte gleichzeitig auch die Reserveliste, sowie der Bürgermeisterkandidat gewählt sowie die Wahlkreise besetzt werden.

Einberufen werden konnte diese Wahlversammlung jedoch erst im Februar 2020, da Einladungen, die über den Kreis verschickt werden sollten, nicht rechtzeitig rausgingen, oder die Einladungen nicht korrekt gestaltet waren (falsche Tagesordnung etc.). Da lediglich der Kreis über alle Mitgliederdaten

verfügt, musste sich der OV auf den KV verlassen, was sich jedoch als zusehends schwierig herausstellte. Im Februar kam es dann zu der Versammlung, wo jedoch keine der geplanten Wahlen durchgeführt werden konnten, da sich dort nur gestritten wurde.

Heute wirft man uns vor, die Wahl verschleppt zu haben und dadurch fiel länger im Amt zu sein, als eigentlich erlaubt. Dass im Februar kein neuer Vorstand gewählt wurde, sehen wir die Schuld beim Kreisvorstand (doch dazu unter Punkt 2. Der Fall Rainer Dlugosch mehr). Und durch die Corona-Krise sind wir bis heute im Amt, weil auch auf der letzten Wahlversammlung am 20.06. zuerst die Wahlen für die Kommunalwahl abgehalten werden sollten, da diese im Moment wichtiger sind, als die Wahl eines neuen Ortsvorstandes. Die letzte Aussage dazu von Patrick Graf war jedoch: Wir hätten dort auch zuerst den Vorstand neu wählen lassen können, doch man wollte zuerst Posten sichern.

2. Der Fall Rainer Dlugosch

Kurz vor besagter Wahlversammlung kam heraus, dass das Fraktionsmitglied und der Genosse Rainer Dlugosch für den Seniorenbeirat für die Bürgerpartei GL antritt. Auf der Wahlversammlung sprach der Kreisvorstand unter Tomas Santillan Rainer Dlugosch das Stimmrecht deshalb ab. Zuvor hatte der Kreisvorstand bereits den Ausschluss des Genossen beim Schiedsgericht beantragt. Das Stimmrecht hatten sie dem Genossen jedoch eigenmächtig entzogen, ohne auf das Ergebnis der Schiedskommission zu warten. Wir versuchten auf der Wahlversammlung den Kreisvorstand davon zu überzeugen, dass sie dazu nicht berechtigt seien, lasen ihnen sogar Ausschnitte aus der Satzung der Linken vor, wo eindeutig draus hervor geht, dass ausschließlich die Schiedskommission das Recht hat, jemandem das Stimmrecht zu entziehen. Trotzdem beharrte der Kreisvorstand vehement auf den Stimmentzug und drohte den OV sogar damit, die komplette Wahl anzufechten, sollten wir Rainer mit abstimmen lassen. Heute sehen wir dies ganz klar als Wahlmanipulation an. Außerdem behauptete Tomas, der Landesvorstand stände hinter dieser Entscheidung. Nachdem wir 4 Stunden über dieses Thema gestritten hatten und nachdem über die Hälfte der Mitglieder die Versammlung bereits verlassen hatten, stellte Lucie den Antrag, die Wahlversammlung zu beenden und die Wahlen zu verschieben. Dies nimmt Tomas und auch Klaus bis heute zum Anlass, zu behaupten, Lucie sei schuld, dass wir an diesem Tag die Wahlen nicht abhalten konnten.

Später erfuhren wir vom Landesvorstand, dass dieser nicht hinter der Entscheidung des Kreisvorstandes gestanden hatte, einem Genossen das Stimmrecht zu entziehen. Ganz im Gegenteil. Man bestätigte uns per Mail, dass ausschließlich die Schiedskommission dazu berechtigt sei. Wir dürfen also davon ausgehen, dass der Kreisvorstand mitnichten eine Bestätigung für ihr Vorgehen beim Landesvorstand eingeholt hatte, dass dies schlicht und ergreifend gelogen war.

Eine zeitnahe neue Wahlversammlung fiel wegen Corona leider aus, sodass die nächste Versammlung erst am 12.06 (Kreiswahl zur Aufstellung der Reserveliste). stattfinden konnte. Die nächste Wahlversammlung des OV GL war für den 20.06. anberaumt. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kreisvorstand den Stimmentzug wieder rückgängig gemacht, ohne sich jedoch in irgendeiner Weise für den unberechtigten Stimmentzug zu entschuldigen. Rainer durfte bei der folgenden Wahl mitwählen. Nun wollte man doch erst den Ausgang der Schiedskommission abwarten.

3. Mandatsträgerabgaben

Bisher war es in unserem Kreis so, dass alle Mandatsträger 25 - 30 % Mandatsabgaben leisten (dies geht noch auf den Kreisvorstand unter Frank von der Ohe zurück). Doch nun schickte der

Kreisvorstand eine Handreichung des Landes herum, wo beschrieben stand, dass Mandatsträger nach Möglichkeit wenigstens 50% abgeben sollten. Ebenfalls in der Handreichung war erwähnt, dass die Kreisvorstände sich mit allen Mandatsträgern/zukünftigen Mandatsträgern zusammensetzen und Mandatsträgerabgaben aushandeln sollten, da zum Beispiel persönliche Lebensumstände auch für eine niedrigere Abgabe sprechen könnten. Zusätzlich gibt es Kommunen (dazu gehört auch Bergisch Gladbach), wo die Aufwandsentschädigungen für die Mandatsträger ein Mix sind aus Aufwandsentschädigung, Fahrt- und Bürokosten und sonstiger Leistungen der Stadt gegenüber den Mandatsträgern. Folglich ist eine Vereinbarung in der schlicht 50% Mandatsträgerabgaben gefordert werden, unzumutbar, da einzelne Mandatsträger ansonsten neben ihrer freien Zeit auch noch finanziell selbst für ihre ehrenamtliche Tätigkeit aufkommen müssen (ganz zu schweigen von Schulden dem Finanzamt gegenüber).

Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass persönliche Vereinbarungen mit jedem Mandatsträger getroffen werden sollten. Solche Vereinbarungen haben jedoch nie stattgefunden. Der Kreisvorstand hat auch gar kein Interesse, solche Gespräche zu führen. Er machte immer wieder deutlich, dass man diese Vereinbarung genau so zu unterschreiben habe.

Am 12.06. fanden die Wahlen der Reserveliste für den Kreistag statt. An diesem Tag legte der Kreisvorstand jedem der sich aufstellen lassen wollte, die „Vereinbarung“ vor, und teilte ihnen mit, wenn sie das jetzt nicht unterschreiben, seien sie nicht wählbar. Einige Kandidaten fühlten sich durch dieses Vorgehen erpresst. Das gleiche Vorgehen wollten sie bei der darauf am 20.06. stattfindenden OV Wahlversammlung durchführen. Dies lies der OV-Vorstand jedoch nicht zu. Stattdessen verkündete der Vorstand durch Markus Winterscheidt, dass dieser das als Erpressung betrachtet und man sich doch bitte mit den Mandatsträgern zusammensetzen sollte, um eine gemeinsame Vereinbarung zu finden. Dieses Verhalten des Kreisvorstandes auf der OV-Versammlung sei so nicht gewünscht. Wir möchten dabei betonen, dass wir in keinster Weise gegen eine Mandatsträgervereinbarung sind. Wir waren und sind lediglich gegen dieses Vorgehen. Markus gegenüber tätigte Tomas Santillan sogar die Aussage, dass er sich nicht mit Thomas Klein für solch eine Vereinbarung zusammensetzen werde.

Der Kreisvorstand setzt, um weiter Druck auf die Mandatsträger auszuüben, die Unterschrift gleich mit dem Willen, überhaupt Mandatsträgerabgaben zahlen zu wollen. Wer nicht unterschreibt, will auch nicht zahlen. Das ist natürlich rundweg falsch! Aber leider haben viele der bei der letzten Sitzung anwesenden Mitglieder diese falsche Schlussfolgerung genau so aufgenommen, was ebenfalls dazu führte, dass viele Mitglieder für die Auflösung des OV gestimmt hatten. Dies war nur eine von vielen Diffamierungen, wodurch der Kreisvorstand versucht hatte, die Anwesenden von der Schlechtigkeit des Ortsverbandes zu überzeugen.

4. Die Sache mit der Liste

Am 12.06 trafen sich die linken Mitglieder der Fraktion Die Linke mit Bürgerpartei GL zu einer Fraktionssitzung. Dazu luden wir einige Neumitglieder ein, damit diese die Fraktion besser kennenlernen konnten. Diese Mitglieder hatten wir eingeladen, um sie zur aktiven Mitarbeit zu animieren. Bei dieser Fraktionssitzung ging es unter anderem um die anstehenden Kommunalwahlen auf Kreis- und Kommunalebene. Es kam zur Sprache, dass drei Personen für uns keine guten Kandidaten sind.

1. Alexandra von der Ohe: Noch aktuelle Kreisfraktionsvorsitzende. Alexandra hatte in der Vergangenheit wenigstens drei Parteimitglieder und mögliche sachkundige Bürger, aus der Fraktion verbannt, obwohl diese Sitzungen bisher immer parteiöffentlich waren. Zum einen Markus Winterscheidt, weil sie durch ihn nicht mehr im Kreisvorstand war. Susanne Winterscheidt, weil sie Markus Frau ist und Tomas Santillan, weil die von der Ohe jahrelang erfolglos versucht hatten, ihn aus der Partei zu werfen. Zusätzlich ließ sich Alexandra vom ehemaligen Parteimitglied Rainer Schneider erpressen.

Der Grund dieser Erpressung war folgender: Rainer Schneider (der vor Frank Albert von der Ohe Kreisvorsitzender war und damals von Frank abgesetzt wurde) hatte im Kreis ein Mandat. Für eine Fraktion braucht man im Kreis drei Ratsmandate. Wir hatten genau drei Mandate. Durch Streitigkeiten innerhalb der Fraktion drohte Rainer Schneider damit, die Fraktion zu verlassen, was das Aus der Fraktion auf Kreisebene bedeutet hätte. Anstatt die Fraktion tatsächlich zu verlassen, forderte er, dass man ihn als Geschäftsführer der Kreisfraktion einstellen solle (auf 450 €-Basis), sonst ließe er die Fraktion platzen. Alexandra ließ sich auf diesen Deal ein. Tatsächlich arbeitete Rainer jedoch nie als Geschäftsführer. Er ließ sich sogar kaum noch in der Fraktion blicken, weshalb man tatsächlich davon ausgehen kann, dass Rainer lediglich eine Art Schweigegeld erhalten hatte und bis heute erhält.

Zum anderen hatte die Fraktion in der gesamten Wahlperiode so gut wie keine Anträge oder Anfragen gestellt. In den Medien wurde die Kreisfraktion faktisch nie erwähnt. Es war fast so, als hätten wir auf Kreisebene gar keine Fraktion. Beliebt waren die Kreisfraktionssitzungen dennoch. Denn sie galten bei den sachkundigen Bürgern immer als „leicht verdientes Geld“. Die Sitzungen wurden schnell durchgeführt und schnell beendet. Deshalb könnte der Gedanke aufkommen, dass man dort tatsächlich nur sitzt, um Gelder zu kassieren. Gearbeitet wurde dort kaum.

2. Tomas Santillan: Wegen dem fehlenden Vertrauen in der Vergangenheit und die jüngsten Geschehnisse in Sachen Tomas als Kreisvorsitzender (siehe Der Fall Rainer Dlugosch)

3. Klaus Reuschel-Schwitalla: Wegen den damaligen Streitigkeiten und dass wir ihn bis heute als Strippenzieher des Kreises und Despoten betrachten.

Zusätzlich sprachen wir darüber, wie wir uns das wünschen würden, wie die Reserveliste im OV aussehen könnte. Unser Vorschlag dazu war: 1. Lucie Misini, 2. Thomas Klein, 3. Claudia Watzlawik, 4. Markus Winterscheidt, 5. Fatma Siep (eventuell, wenn sie sich das zutraut, da sie eine der Neumitglieder war) Bei Fatma erkannten wir allerdings sehr schnell, dass sie unbedingt politisch viel aktiver sein wollte. Eine schriftliche Liste wurde zwar aufgestellt, jedoch nur um uns allen vorgenannten Wahlwunsch zu visualisieren. Diese Liste wurde niemandem ausgehändigt, noch haben wir sie in irgendeiner Weise versendet oder irgendjemandem zum Gebrauch überlassen. Nach den Wahlen kam jedoch exakt so eine Liste in Umlauf und erreichte sogar den Kreisvorstand. Doch dazu später mehr.

Lucie erstellte später für sich selbst eine ähnliche Liste. Diese fotografierte Fatma jedoch ohne Lucies wissen ab. Wie Fatma später sagte, tat sie es für sich, weil sie unter anderem auch gerne Thomas Klein wählen würde, ihn aber bislang nur unter seinem Spitznamen Bibi kannte. Fatma dachte sich nichts dabei, als sie diese Liste abfotografierte und während der Versammlung für sich selbst benutzte. Auch dazu kommen wir gleich.

Patrick Graf stellte sich für die OV Wahlversammlung als Bürgermeisterkandidat auf, was er bereits im Vorfeld in einem Rundschreiben allen Mitgliedern verkündete.

Als es bei der Wahl schließlich um den Bürgermeisterkandidaten ging, trat Patrick von seiner Kandidatur unangemeldet zurück. Prompt stellte Fatma sich auf (nachdem sie von mehreren Mitgliedern eindrücklich dazu aufgefordert wurde. Ihre Rede zur Listenaufstellung kam bei vielen Parteimitgliedern so gut an, selbst bei jenen, die wir noch nie zuvor gesehen hatten) und wurde auch prompt zur Bürgermeisterkandidatin gewählt. Ebenfalls aufgestellt hatte sich Roland Reiter, der jedoch kaum eine Stimme erhalten hatte. Roland Reiter hatte sich in der Vergangenheit und auch bei dieser Wahl immer wieder aufgestellt. Wobei er jedoch selten eine merkliche Anzahl an Stimmen erhielt. Roland war übrigens bei der oben angesprochenen Fraktionssitzung, da er sachkundiger Bürger ist, anwesend und hatte unsere Wahlwunschliste mitbekommen, was ihm selbstverständlich nicht geschmeckt haben dürfte, da er von keinem der Anwesenden in irgendeiner Weise als möglicher Kandidat für irgendeine Wahl bedacht wurde.

Später erfuhren wir von Patrick Graf in einem gemeinsamen Gespräch, dass er gesehen hatte, wie Fatma die fotografierte Liste für sich benutzt hatte. Außerdem hatte er gehört, wie Fatma von ihren 3 Töchtern nach dem richtigen Namen von Bibo (Thomas Klein) gefragt wurde. Dies stellte sich für Patrick scheinbar so dar, dass Fatma ihre Töchter angewiesen hätte, bei Thomas Klein das Kreuz machen zu müssen. Außerdem wurde Fatma von ihren Töchtern bei der Blockwahl zum Listenplatz 6 und folgende gefragt, wie viele Kreuze sie machen dürfen (es standen drei Personen auf der Liste). Für die Töchter als völlige Neulinge in der Partei war diese Blockwahl nicht verständlich genug, weshalb sie ihre Mutter um Hilfe baten. Nach Patricks Ansicht war dies undemokratisch. So ein Verhalten wollte er nicht mittragen und trat deshalb als Bürgermeisterkandidat zurück.

Später führten wir mit Patrick ein klärendes Gespräch, wo er uns weiterhin vorwarf, wir hätten Wahlmanipulation betrieben. Er drohte uns sogar damit, das ganze zur Anzeige zu bringen, da Wahlmanipulation im Strafgesetzbuch verankert sei. Schließlich vereinbarten wir gemeinsam, dass man den kompletten Vorfall dem Wahlleiter Franz-Albert Krämer mitteilen. Wir wollten alle mit offenen Karten spielen. Wäre so eine Liste tatsächlich verboten und strafbar, hätten wir tatsächlich die Konsequenzen gezogen.

Jeder der Anwesenden hielt Franz-Albert Krämer durch seine langjährige politische und gewerkschaftliche Erfahrung für sehr kompetent. Und so entschieden wir uns gemeinsam, dass wir uns alle daran halten würden, was auch immer Franz-Albert entscheiden würde. Wenn auch der Wahlleiter der Ansicht ist, dass es sich dabei um Wahlmanipulation handelt, hätten wir als OV-Vorstand selbst Neuwahlen ausgerufen, mit allen Konsequenzen, die daraus entstehen könnten. Im Gegenzug versprach Patrick nichts öffentlich zu machen, wenn der Wahlleiter entscheidet, dass es sich nicht um Wahlmanipulation handelt.

Der Wahlleiter stand, sehr zum Leidwesen Patricks nicht auf seiner Seite. Er sah dabei nichts Verwerfliches, sagte, jeder könne so eine Liste aufstellen. Wichtig sei nur, dass die Wahl frei und geheim stattgefunden haben. Und er hätte niemanden gesehen, der in irgendeiner Weise bedroht oder bestochen worden sei, auch wäre ihm nicht bekannt, dass jemand für andere das Kreuz gemacht hätte. Die obersten demokratischen Grundsätze seien seiner Meinung nach eingehalten worden.

Nach diesem Gespräch brach Patrick jedoch sein Versprechen und versendete über den Mailverteiler des Kreises eine Stellungnahme, wieso er als Bürgermeisterkandidat zurückgetreten sei. In der Mail stellt er mehr oder weniger uns als Betrüger und Wahlfälscher an den Pranger.

Auf die Reserveliste kamen letztendlich folgende Personen: 1. Lucie Misini, 2. Thomas Klein, 3. Claudia Watzlawik, 4. Markus Winterscheidt, 5. Fatma Siep, 6. Stephan Schinkel. Cemal Durgun (enger Vertrauter von Tomas) und Roland Reiter hatten sich ebenfalls aufstellen lassen, erhielten beide jedoch nicht einmal die erforderlichen 25 %, die man benötigt, um auf die Liste zu kommen.

Da die Reserveliste so ziemlich genau so aussieht, wie wir uns das gewünscht haben, liegt darin begründet, dass wir bekannt und beliebt sind und im OV viele Freunde haben. Unserer Meinung nach ist daran nichts verwerflich.

Nach jeder erfolgten Wahl fragte der Wahlleiter Franz-Albert immer wieder, ob jemand etwas an der Wahl auszusetzen gehabt hätte. Dies wurde immer wieder verneint. Selbst von den anwesenden Kreisvorstandsmitgliedern, die als Wahlbeobachter zugegen waren.

Nur einmal sprang ein Gast (Frank Noth, enger Vertrauter von Klaus) auf, als sich Ali Misini zur Wahl stellte, da Ali in der Wahlprüfungskommission sei, müsse für ihn ein neuer Wahlprüfer bestimmt werden. Dies brachte Frank Noth jedoch so laut hervor und mit den Worten an Markus Winterscheidt als Sitzungsleiter gerichtet: „Ich lasse die ganze Wahl hier sprengen.“ Dabei hatte der Wahlleiter zu diesem Zeitpunkt längst verkündet, dass ein neuer Wahlprüfer gesucht wird. Doch durch das harsche Auftreten zog Ali umgehend seine Kandidatur zurück, da er in der Vergangenheit schon viel zu oft Streitigkeiten auf Parteiversammlungen miterlebt hatte, und er nicht der Auslöser für eine weitere Streitigkeit sein wollte. Dies ist der Grund, weshalb sich Ali Misini, sehr zum Leidwesen vieler, nicht auf der Reserveliste befindet. Frank Noth erklärte hinterher, er hätte das nicht mitbekommen, dass die Sache mit dem neuen Wahlprüfer bereits geklärt war. Anstatt jedoch nachzufragen, hatte er sich dazu entschlossen, sehr harsch und sehr laut zu werden. Dies lässt für uns den Schluss zu, dass einige „Wahlbeobachter“ vielleicht doch nur dort waren, und nur darauf warteten, dass wir einen Fehler machten um dann aggressiv werden zu können.

Nun wurde nach der Wahl, wie oben bereits erwähnt, eine Liste öffentlich, die fast genau so aussieht wie tatsächlich gewählt wurde. Bei Whatsapp gibt es eine Wahlkampfgruppe für den Kreis. Dort wurde diese Liste ebenfalls veröffentlicht, und sofort begann man von Wahlmanipulation zu reden und dass das eine Liste der Schande sei. Man begann die Kandidaten der Reserveliste in dem besagten Whatsappchat zu diffamieren und zu beleidigen. Sprachführer in diesem Chat waren: Tomas Santillan, Klaus Reuschel-Schwitalla, Patrick Graf und Frank Albert von der Ohe. Wie man aus dem bisherigen Bericht weiß, alle vier entschiedene Gegner aller auf der Reserveliste gewählten Parteimitglieder.

Sämtliche Beleidigungen sind dokumentiert und liegen zur Einsicht bereit.

Wichtig dabei zu erwähnen ist, dass Alexandra von der Ohe auf der Wahlversammlung des Kreises auf der Reserveliste nicht wiedergewählt wurde (genau so, wie wir uns das gewünscht hatten), und dass, obwohl kaum noch jemand aus Bergisch Gladbach bei dieser Versammlung anwesend war. Die meisten der Bergisch Gladbacher Mitglieder hatten die Versammlung bereits im Vorfeld verlassen, da es regelrecht den Anschein hatte, der Kreisvorstand wollte verschiedenen Mitgliedern die Stimme verweigern. Angeblich hatten zwei Mitglieder ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt (später kam raus, dass diese sehr wohl bezahlt waren, und wäre der Genosse Hans Decruppe (Mitglied des Landesvorstandes und Rechtsanwalt) nicht als Sitzungsleiter zugegen, und hätte eine Lösung gefunden, wir sind uns sicher, man hätte diesen beiden Parteimitgliedern die Stimme entzogen. Zwei Mitglieder befanden sich nicht auf der Mitgliederliste, die ausschlaggebend für das Wahlrecht ist.

Unter anderem Claudia Watzlawik, von der nun wirklich jeder weiß, dass sie bereits seit vielen Jahren Mitglied der Partei ist. Einem weiteren Mitglied wurde wirklich dann noch die Stimme entzogen, weil er als Parteimitglied ebenfalls auf dieser Liste nicht auffindbar war. Und dass, obwohl er bereits öfters auf Mitgliederversammlungen war. Selbst im Land scheint seine Mitgliedschaft bis heute nicht mehr auffindbar. Wobei wir bei ihm niemandem etwas unterstellen wollen. Vielleicht hatte er keine Mitgliedsbeiträge mehr bezahlt und wurde als Mitglied entfernt? Aber müssten seine Unterlagen dann nicht trotzdem beim Land liegen? Wir wissen es nicht.

Es hatte auf jeden Fall bei dieser Versammlung stark den Anschein gehabt, man wolle die Stimmen aus Bergisch Gladbach beschneiden, was ihnen auch dahingehend gelang, dass viele Bergisch Gladbacher Mitglieder die Versammlung verlassen hatte. Und trotzdem wurde Alexandra nicht wiedergewählt. Es schien also mehr Mitglieder innerhalb des gesamten Kreises zu geben, die unserem Wunsch, Alexandra nicht wieder zu wählen, entsprachen. Dazu brauchte es keiner Liste, und keiner angeblichen Manipulation.

Folgendes war das weitere Vorgehen des Kreisvorstandes:

1. Sie enthoben den gesamten OV-Vorstand seines Amtes. Grund dazu war aber, dass das Protokoll der Mitgliederversammlung, wo der OV-Vorstand gewählt wurde, nicht mehr auffindbar war (mittlerweile wurde es wieder gefunden, jedoch nur eine Kopie auf einem PC, ohne Unterschrift des mittlerweile leider verstorbenen Genossen Werner Schwaborn, der damals die Sitzung leitete). Tomas behauptet nun einfach, es hätte nie eine Mitgliederversammlung gegeben und wir wären nie als OV-Vorstand gewählt worden. Zumal er selbst über 2 Jahre den OV-Vorstand anerkannt hatte. Dies ist ganz offensichtlich nur vorgeschoben, um die Wahlen in Bergisch Gladbach an sich zu binden. Nachdem dieses Protokoll wieder vorhanden war, behauptet zumindest Patrick Graf weiter, Lucie Misini und Markus Winterscheidt seien nie in den Vorstand gewählt worden, wir hätten einfach selbst bestimmt, dass wir nun Mitglieder des Vorstands sind. Ein Protokoll, wo diese beiden Genossinnen und Genossen nachgewählt wurden, fehlt bis heute. Allerdings gibt es verschiedene Mitglieder, die bezeugen können, dass diese Wahlen stattgefunden haben, Mitglieder, die bei dieser Wahl anwesend waren. Im Gegensatz zu Patrick Graf, der zu diesem Zeitpunkt nicht einmal Mitglied unserer Partei war und folglich damals nie auf unseren Sitzungen zugegen war.

2. Sie beantragten Parteiausschlussverfahren gegen Lucie Misini, Thomas Klein, Claudia Watzlawik, Markus Winterscheidt und Ali Misini (letzterem einfach, weil er angeblich von dieser Liste gewusst hatte). Dabei beteiligt sich Ali eigentlich nie an solchen Diskussionen und bei besagter Fraktionssitzung war er auch nicht anwesend.

3. Der Kreisvorstand will durch den Kreisparteitag entscheiden lassen, dass Bergisch Gladbach nicht an den Kommunalwahlen teilnehmen soll (dies nur zur Not, wenn sie als neuer „Orts“-Vorstand die Wahlen nicht neu ausrufen können. Sie ignorieren also die gelaufenen Wahlen. Behaupten, diese seien nicht demokratisch zustanden gekommen. Sie wollen also lieber auf sämtliche Wählerstimmen aus Bergisch Gladbach verzichten, als zuzulassen, dass wir (ihre Gegner innerhalb der Partei) die Linksfraktion in der Stadt stellen. Sie beanstanden also die Wahlen. Sehen es jedoch nicht als notwendig an – wie es in der Wahlordnung der Linken bestimmt ist, sich dafür an die Landesschiedskommission zu wenden.

Wie bereits erwähnt, fällte die Landesschiedskommission mittlerweile ein Urteil und hat unsere Wahlen durchaus anerkannt. Da der Kreisvorstand also mit den Vorwürfen der angeblichen

Wahlmanipulation nicht weiterkam, brachte man auf der Versammlung, wo der OV letztlich aufgelöst wurde, neue Vorwürfe hervor, die dazu führen, dass dieser aufgelöst wurde. Dazu später mehr.

Solche Absprachen zu treffen ist vielleicht nicht gerne gesehen, aber es ist nicht verboten, noch ist es strafbar (aber genau das behaupten Tomas und Patrick). Im Gegenzug ist es unserer Meinung nach sehr wohl strafbar, demokratisch gewählte Personen schnell zu versuchen, aus der Partei zu werfen, bevor sie ihr Mandat antreten können und Neuwahlen hervorrufen zu wollen, nur weil ihnen das Ergebnis nicht gepasst hat. Dies ist Wahlmanipulation und stellt eine Straftat dar. Dagegen werden wir gemeinsam vorgehen.

Weitere Vorwürfe des Kreisvorstandes:

1. Sie behaupten, wir hätten uns Stimmen gekauft, da wir für einige Neumitglieder die Mitgliedsbeiträge bezahlen.

Fakt ist: Ja, von einem Konto gehen tatsächlich einige Mitgliedsbeiträge von Neumitgliedern ab. Der Grund ist, dass viele Neumitglieder Hartz4 beziehen, und wir wollen, dass auch diese Mitglieder sich an dem politischen Geschehen in Bergisch Gladbach beteiligen können. Und NEIN, die Mitgliedsbeiträge werden von keinem Parteimitglied übernommen. Da bei Hartz 4 Empfängern immer die Gefahr besteht, dass ihr Konto nicht gedeckt ist, und dadurch gezahlte Mitgliedsbeiträge eventuell zurückkommen und sie auf diese Weise unter Umständen ihr Stimmrecht verlieren könnten, wurde entschieden, dass das Geld von einem immer solventen Konto abgeht. Außerdem, da die Konten von Hartz 4 Empfängern unter permanenter Beobachtung durch das Jobcenter stehen und man befürchten muss, dass diese Neumitglieder durch ihre so offenkundige Mitgliedschaft in der Partei Die Linke Nachteile erleiden könnten, hatte man sich dazu entschieden, die Konten der Hartz 4 Empfänger komplett rauszulassen.

Alle diese Mitglieder hatten dem Kontoinhaber jedoch immer den Mitgliedsbeitrag bar zurückbezahlt, sodass man in keinsten Weise davon ausgehen kann, dass jemand deren Mitgliedsbeiträge bezahlt. JEDER zahlt seine Mitgliedsbeiträge selbst! Es wurde auch nie von einem angehenden Mandatsträger auf unserer Wunschliste in irgendeiner Weise gesagt, dass die Mitgliedsbeiträge übernommen werden, wenn man im Gegenzug dafür ihre Stimme erhält. Dies wäre eh nicht möglich gewesen, da die Wahlen geheim durchgeführt wurden, und man gar nicht hätte kontrollieren können, ob sie tatsächlich ihre Stimme an der „richtigen“ Stelle gemacht haben.

2. Die Wahlabsprachen fanden im Rahmen eines OV-Grillens statt, zu dem jedoch nicht alle Mitglieder eingeladen wurden.

Fakt ist: Ja, es gab ein OV-Grillen, und JA, es wurden nicht alle Mitglieder dazu eingeladen. Der Grund dafür ist, dass Thomas, als OV-Vorsitzender, vom KV eine Liste erhalten hatte, mit der er die Mitglieder abtelefonieren konnte. Dies tat er auch. Jedoch waren viele Telefonnummern veraltet, wodurch die entsprechenden Mitglieder nicht eingeladen wurden. Leider kamen zu diesem OV-Grillen nicht sehr viele Mitglieder. Es waren jedoch drei Neumitglieder dabei, die wir alle noch nicht kannten. Es wurde mit diesen Mitgliedern viel über Politik gesprochen. Was jedoch in keinsten Weise zur Sprache kam, waren die bevorstehenden Reservelistewahlen.

3. Wir hätten uns die Rückendeckung aus der Öffentlichkeit durch eine Pressemitteilung gesichert

Fakt ist: Ja, wir veröffentlichten eine Pressemitteilung über die gewählte Bürgermeisterkandidatin und die Reserveliste, da viele Pressevertreter bereits seit langem auf diese Mitteilung warten. Und unserer Ansicht nach waren diese Wahlen rechtens und demokratisch, weshalb wir keine Probleme darin sahen, das Ergebnis der Wahlen zu veröffentlichen.

Nun behauptet der Kreisvorstand, wir hätten diese PM rausgeschickt, nachdem uns der Kreisvorstand darauf hingewiesen hatte, dass sie uns (möglicherweise rechtswidrig?) des Amtes enthoben hatten, quasi als Trotzreaktion. Das könnte man tatsächlich meinen. Jedoch verschickten wir tatsächlich die PM genau sieben Minuten, bevor wir die Mail vom Kreisvorstand erhalten hatten.



Von Mir <m.winterscheidt@web.de> ☆
Betreff **Die Linke. Bergisch Gladbach hat gewählt / Pressemitteilung** 30.06.2020, 16:01
An Thomas Joachim Klein <th.klein@dielinke-bgl.de> ☆
Blindkopie (BCC) presseverteiler@dielinkefraktion-bgl.de ☆

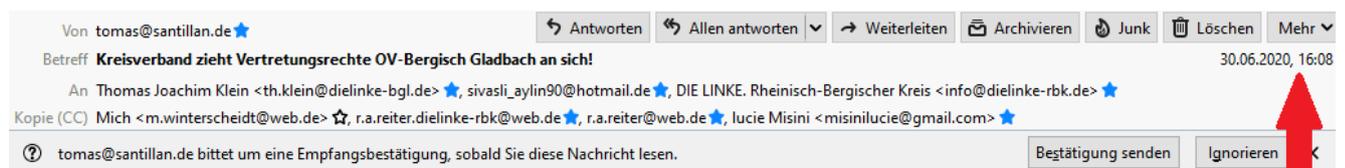
Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich Ihnen eine kurze Pressemitteilung der Linken Bergisch Gladbach zur Kandidatur ihrer Bürgermeisterkandidatin, sowie der Reserveliste zur Kommunalwahl 2020.

Ebenfalls enthalten ist ein Foto unserer Bürgermeisterkandidatin Fatma Siep.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Winterscheidt



Von tomas@santillan.de ☆
Betreff **Kreisverband zieht Vertretungsrechte OV-Bergisch Gladbach an sich!** 30.06.2020, 16:08
An Thomas Joachim Klein <th.klein@dielinke-bgl.de> ☆, sivasli_laylin90@hotmail.de ☆, DIE LINKE. Rheinisch-Bergischer Kreis <info@dielinke-rbk.de> ☆
Kopie (CC) Mich <m.winterscheidt@web.de> ☆, r.a.reiter.dielinke-rbk@web.de ☆, r.a.reiter@web.de ☆, lucie Misini <misinilucie@gmail.com> ☆

tomass@santillan.de bittet um eine Empfangsbestätigung, sobald Sie diese Nachricht lesen. Bestätigung senden Ignorieren

**RUNDMAIL:
Kreisverband zieht Vertretungsrechte OV-Bergisch Gladbach an sich!**

An die Mitglieder DIE LINKE. Ortsverband Bergisch Gladbach,

Wer nun sagt, wir hätten dazu den Presseverteiler der Fraktion verwendet, dem muss man sagen, dass dieser Presseverteiler händig von Markus Winterscheidt angelegt und der Fraktion zur Verfügung gestellt wurde. Folglich hat Markus die Hoheit über diesen Presseverteiler.

Was noch zu Tomas Santillan zu sagen ist

Tomas Santillan stellt sich derzeit als absoluter Saubermann dar, der solche Wahlabsprachen und das Sammeln von Stimmen verwerflich findet. Claudia Watzlawik würde heute eidesstattlich versichern, dass sie damals von Tomas für die Partei nur aus dem Grund rekrutiert wurde, um ihm 2014, bei der bevorstehenden Kommunalwahl ihre Stimme zu geben.

Gleiches behauptet übrigens Petra Müller aus Wermelskirchen für Frank Albert von der Ohe.

Weiterhin sei darauf verwiesen, dass Tomas in der Vergangenheit immer wieder die Linke im Rheinisch-Bergischen-Kreis diffamierte und ihren Ruf beschmutzte und ständig in der Öffentlichkeit gegen die Linksfraktion vorgegangen war. Dies hörte erst auf, nachdem der neue Sprecherrat als Kreisvorstand gewählt wurde. Markus erinnert sich noch sehr gut an ein Gespräch, welches er mit Tomas und gemeinsam mit Markus Frau Susanne im Restaurant Wermelskirchen in Bensberg geführt hatte, wo es um die Beilegung der Streitigkeiten in der Öffentlichkeit ging. An die dort getätigte

Vereinbarung hält sich bis heute Gott sei Dank jeder der Beteiligten. Aber ausschlaggebend für diese Beilegung der Streitigkeiten in der Öffentlichkeit war sicherlich nicht Tomas, obwohl er mittlerweile behauptet, immer für die Linke da zu sein und nichts zu tun, was ihr schadet.

Die Behauptung Die Bürgerpartei GL sei eine Rechte Partei und die Linke würde in Bergisch Gladbach mit einer rechten Partei koalieren, hält er jedoch bis heute aufrecht. Dazu hat er vor langer Zeit einen Artikel verfasst, der immer noch unter: <https://www.santillan.de/2015/04/15/bürgerpartei-gl-vorsicht-rechte-partei/> online ist.

Immer wieder verweist Tomas auf diesen Artikel und dort hätte er eindeutig belegt, dass es sich bei der Bürgerpartei um eine rechte Partei handelt.

Diesen Artikel sollte man jedoch einmal ganz unvoreingenommen und stets mit der Frage im Hinterkopf lesen, wo denn die Beweise dazu sind. Tatsächlich bringt er als Beweis zu seinen Thesen nie irgendwelche Links (lediglich zu anderen seiner eigenen Artikel) hervor. Dieser Artikel ist gut geschrieben, trotzdem, und wenn Tomas tausendmal schreibt „Die Bürgerpartei GL ist ganz eindeutig eine rechte Partei“, muss dies noch lange nicht stimmen. Wir lesen in diesem Artikel nur eine Aneinanderreihung von Behauptungen, die nirgendwo tatsächlich belegt und bewiesen sind. Entspräche dieser Artikel der Wahrheit, wären wir Linke nie ein Bündnis mit der Bürgerpartei GL eingegangen.

Wer den Artikel liest, dem fällt vielleicht ein Name auf, der dort verwendet wird: Rainer Dlugosch, in dem Artikel bezeichnet als Samiraeas Anwalt (Frank Samirae ist der Gründer der Bürgerpartei GL), was er wohl auch tatsächlich war. Durch diesen Artikel versteht man vielleicht auch eher, wieso Tomas Rainer Dlugosch so vehement aus der Partei werfen will und ihm eigenmächtig die Stimme entzog.

Tomas stellt sich heute als großer Verfechter der Mandatsträgerabgaben dar. Tatsächlich hat er in der Vergangenheit aber immer wieder Mandatsträgerabgaben nicht gezahlt, oder zu spät gezahlt. Ständig musste man hinter ihm her sein. Bezahlt hatte er seine Mandatsträgerabgaben meist immer erst dann, wenn es wieder zu Wahlen kam. Bereits Frank Albert von der Ohe hatte damals schon immer wieder Streit mit ihm. Während seiner gesamten Amtszeit hatte er kaum etwas anderes getan, als sich um das „Problem“ Santillan zu kümmern. In jedem Protokoll jeder Vorstandssitzung wurde dieses Thema angesprochen. Auch bei uns machte er damit weiter. Aber im Gegensatz zu Frank war unser Bestreben nicht, Tomas aus der Partei auszuschließen, sondern Frieden mit ihm zu finden. Dieser Frieden hielt auch weitestgehend soweit an, bis Tomas Santillan Kreisvorsitzender wurde.

Streit mit Tomas gab es trotzdem immer wieder, nur halt nicht mehr in der Öffentlichkeit. So können wir uns noch gut an eine OV Mitgliederversammlung erinnern, wo es wieder einmal darum ging, dass die Fraktion ihn doch als Ratsherren mit aufnehmen sollte. Nachdem sich eigentlich alle Anwesenden dagegen ausgesprochen hatten, stand er auf, beschimpfte uns alle als Arschlöcher und verließ die Versammlung. Beschimpft und beleidigt wurden wir von ihm und später auch seiner Freundin Hale immer wieder. Wenn den beiden etwas nicht passte, man gegen sie sprach, man ihre Forderungen nicht erfüllen wollte, wurde man immer wieder als Rassist, Sexist und Faschist bezeichnet. Diese Beleidigungen hält er bis heute hoch und benutzte diese zuletzt in dem besagten Whatsapp-Chat. Auch diese Beleidigungen sind protokolliert und liegen zur Einsicht bereit. Oft betitelt er uns selbst gar nicht mehr so, sondern sorgt für sein Verhalten dafür, dass andere, oft Neumitglieder uns so beschimpfen und beleidigen.

Bei der letzten OV-Wahlversammlung stand Hale sogar auf, drohte die Partei zu verlassen, und beschimpfte uns wieder als Rassisten, nachdem wir uns gegen das Vorgehen des Kreisvorstandes in Sachen Mandatsträgerabgaben ausgesprochen hatten. Dies nahmen einige Anwesenden zum Anlass zu klatschen, als Hale den Saal verließ. Unter Anderem klatschte Markus Winterscheidt, wozu er auch bis heute steht. Aber natürlich klatschte er nicht, weil sie Ausländerin ist, wie sie und auch Tomas scheinbar denken, sondern weil sie viele Anwesende in der Vergangenheit immer wieder beleidigte und immer wieder Unruhe in die Sitzungen gebracht hatte.

Der aktuelle Feldzug seitens Tomas Santillan werten wir, unter Anderem, auch als einen Rachezug von ihm, gegen dieses Klatschen seiner Freundin gegenüber.

Obwohl Tomas Santillan bisher immer ein vehementer Feind von Frank Albert von der Ohe war, und dadurch Klaus natürlich auch ein Feind von Tomas, haben sich diese drei Personen nun jedoch zusammengeschlossen, sehr zu unserer Verwunderung, aber scheinbar sehen sie in einem gemeinsamen Agieren uns gegenüber größere Chancen, ihre gemeinsamen Feinde erst einmal aus der Partei zu bekommen, bevor sie sich wieder gegenseitig bekriegen können. Sie hatten einfach erkannt, dass sie gemeinsame Feinde haben: uns. Und die gilt es jetzt gemeinsam zu diffamieren und bloßzustellen, frei nach dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Zum Schluss noch ein wenig mehr zu den Streitigkeiten innerhalb des Kreises

Sämtliche Ortsverbände innerhalb des Kreisverbandes sind sich nicht sonderlich grün. Zum einen sieht sich Rösrath als erbitterter Gegner von Bergisch Gladbach. Wieso? Weil Bergisch Gladbach einst Rösrath die Funktion des Kreisvorstandes abgenommen hat, sie also nicht mehr die Vorzüge von Restaurantbesuchen für ihre MVs nutzen konnten und Frank und Alexandra von der Ohe immer noch viel Einfluss in Rösrath haben. Und weil ihr erbitterter Todfeind Markus Winterscheidt aus Bergisch Gladbach kommt.

Als wir in den Sprecherrat gewählt wurden, versuchten wir jedoch Frieden innerhalb des Kreises zu stiften. Es war mitten im Bundestagswahlkampf. Wir versuchten keinen einzigen Ortsverband in irgendeiner Weise zu benachteiligen. Wir machten sogar im gesamten Kreisgebiet Wahlkampf, mobilisierten so viele Genossinnen und Genossen wie noch nie jemand vor uns mobilisierte, um gemeinsam mit uns Wahlkampf zu machen. Wir waren in jedem Ortsverband aktiv und halfen den Genossinnen und Genossen vor Ort. Auch Rösrath war sichtlich erfreut über die Wahlkampfhilfe aus dem Kreis während eines Stadtfestes in Rösrath, wo wir mit unserem großen Zelt anrückten und mehr als genug Werbematerialien mitbrachten. Markus fuhr im ganzen Kreis herum, und brachte den Ortsvorsitzenden Werbematerialien, brachte ihnen sogar sämtliche Wahlplakate vorbei, Susanne und Markus halfen im ganzen Kreis die Wahlplakate aufzuhängen und hängten sie auch hinterher wieder ab. Wir holten die abgehängten Wahlplakate, die die OV's selber aufgehängt hatten, wieder ab. Wir taten alles, um keinen OV zu benachteiligen, um dem gesamten Kreis zu zeigen, dass wir für alle Genossinnen und Genossen da sind. Markus führte unzählige Gespräche mit der Vorsitzenden aus Rösrath, Ada, war oft bei ihr zuhause, nur um hinterher auf einer Mitgliederversammlung dann von ihr niedergemacht zu werden. Explizit ging es um abgehängte Wahlplakate. Ada teilte mit, dass sie alle Wahlplakate abgehängt hätte und diese hinter einer kleinen Hütte auf ihrem Gelände abgeholt werden könnte. Auf der Mitgliederversammlung tönte sie lauthals, als Markus oben beschriebenes auch dort verkündete, dass die abgehängten Wahlplakate bis heute nicht abgeholt

seien. Soviel zu: „Ich wäre für alle da.“ Tatsächlich hatte Markus die Wahlplakate schon längst abgeholt. Ada hatte dies nur noch nicht gesehen. Eine Entschuldigung gab es von Ada dafür nie. Dies hatte uns leider gezeigt, dass, egal was wir tun, Rösrath immer unser Feind sein wird.

Der Ortsvorsitzende aus Wermelskirchen ist Mike Galow, der zuerst ja ebenfalls in den Sprecherrat gewählt wurde. Diesen jedoch wegen Klaus schnell wieder verlassen hatte. Auch mit ihm hatten wir in Wermelskirchen einen Wahlkampfstand aufgebaut, wo er sich selbst, er war zwar anwesend, nicht sonderlich beteiligte. Er war wohl immer noch sauer, dass wir damals scheinbar alle zu Klaus gehalten hatten und er alleine auf weiter Flur gegen Klaus wettete. Außer diesem Stand hatte er sich geweigert, sich an dem Wahlkampf zu beteiligen. Da wir für den Bundestagswahlkampf auch die Stimmen aus Wermelskirchen benötigten, fuhren wir selbst nach Wermelskirchen und hängten dort die Wahlplakate auf. Dies fand Mike überhaupt nicht lustig und beschwerte sich sogar bei uns, dass wir in sein „Hoheitsgebiet“ eingedrungen seien. Bis heute schaut Mike Galow uns nicht mehr an.

Leichlingen kann man als „Hoheitsgebiet“ von Klaus Reuschel-Schwitalla betrachten. Auch dort waren wir vor Ort, organisierten sogar eine Wahlversammlung mit Sarah Wagenknecht (obwohl man dazu fairerweise sagen muss, dass die ursprüngliche Versammlung mit Sarah bereits von Frank als Kreisvorsitzenden angestoßen wurde, jedoch wegen schlechtem Wetter in Berlin (Sarahs Flugzeug durfte nicht abheben) abgesagt werden musste). Auch dort brachten wir sämtliche Wahlplakate vorbei. Allerdings versprach Leichlingen uns, dass sie alle Wahlplakate eigenhändig aufhängen würden. Später, als Markus die Wahlplakate wieder abholte, stellte sich jedoch leider das Gegenteil heraus. Viele der abgeholt Wahlplakate wurden nie aufgehängt.

Burscheid (Konrad Wolfram) redet ebenfalls nicht mehr mit uns. Vermutlich ebenfalls wegen den Vorkommnissen, als Konrad noch Teil des Sprecherrates war. Mittlerweile wurde der OV Burscheid aus Mangel an Mitgliedern aufgelöst und dem OV Leichlingen zu einem gemeinsamen OV Leichlingen-Burscheid zugefügt. Auch dort gab es Austritte wegen den Streitigkeiten mit Klaus. Konrad Wolfram ist eigentlich ein enger Freund von Klaus und hält stets zu ihm. Als er den Sprecherrat verließ, sagte er jedoch nicht genau, weshalb er den Sprecherrat verließ. Nur, dass es wegen den Streitigkeiten im Vorstand war. Auch er redet heute nicht mehr mit uns.

Wir wissen leider überhaupt nicht, wie man in diesem Kreisverband jemals wieder Frieden und Einigkeit herstellen soll. Tomas Santillan scheint dies soweit zu schaffen, dass zumindest wieder alle Ortsverbände an den Kreisparteitagen teilnehmen. Selbst Mike aus Wermelskirchen, der sich lange dagegen gesträubt hatte, überhaupt noch etwas mit dem Kreisverband zu tun haben zu wollen. Mike war bis dato allerdings ein totaler Gegner von Tomas Santillan, hatte immer schlecht über ihn gesprochen, und auf Klaus war er sowieso sehr schlecht zu sprechen. Keine Ahnung, wie Tomas es geschafft hat, sie alle wieder zu vereinen. Der Feind meines Feindes ist mein Freund? Vielleicht deshalb. Es vereint sie die Gemeinsamkeit der Feindschaft gegen Bergisch Gladbach. Sie alle gegen uns, so scheint es.

Es ist sehr löblich, dass Tomas es geschafft hat, so viele OVs wieder zu vereinen. Gleichzeitig hat noch nie ein Kreisvorsitzender so einen gewaltigen Riss zwischen einem OV (hier Bergisch Gladbach) und den anderen OVs erzeugt. Und dass nur wegen seinem persönlichen Rachefeldzug gegen uns? Weil er in Bergisch Gladbach kaum noch Freunde hat und weiß, dass er politisch in seiner Heimatstadt nie wieder etwas werden wird?

Im Übrigen hatte der Kreisverband während der Bundestagswahl 2018 das höchste Wahlergebnis erzielt, seit der Gründung der Linken im Kreis. Und darauf sind wir heute noch mächtig stolz!

Frank Albert von der Ohe behauptet zwar, Markus würde die Linke wie die Pest hassen. Doch Fakt ist, der Sprecherrat unter Markus und Susanne Winterscheidt, Lucie Misini, Claudia Watzlawik und später auch Roland Reiter hat soviel getan, wie kein Vorstand für den gesamten Kreis zuvor.

Der aktuelle Fall

Am 20.06.2020 fanden die Wahlen zur Reserveliste und zur Bürgermeisterkandidatur statt. Die Sitzung am 20.06. wurde nicht geschlossen, sondern unterbrochen. Der Folgetermin war am 11.07.2020, wo die Wahlbezirke noch besetzt werden sollen.

Der Kreisvorstand hat nun den Ortsvorstand seines Amtes enthoben, wegen einer Liste die auf Wahlabsprachen hindeutet (was jedoch nicht verboten ist), mit dem Ziel, die Wahlversammlung am 11.07. selber durchzuführen und an diesem Tag alle Wahlen vom 20.06. aufzuheben und neu wählen zu lassen. Dabei sind sie nicht den Weg über die Schiedskommission gegangen, sondern machen dies in Eigenregie und stellen sich somit gegen die Satzung und die Wahlordnung der Linken.

Aktuell steht die gesamte Kommunalwahl in Bergisch Gladbach auf dem Spiel. Und wieso? Ist es wegen dem persönlichen Hass, den Tomas Santillan und Klaus Reuschel-Schwitalla über die Jahre hinweg aufgebaut haben und nun zu einem großen Schlag ausholen wollen um unliebsame Personen aus der Partei entfernen zu lassen?

Die letzte Sitzung des Kreisverbandes und die Auflösung des Ortsverbandes Bergisch Gladbach

Auf der letzten Kreissitzung wurde nun tatsächlich der Ortsverband aufgelöst und Bergisch Gladbach wird nicht an den Wahlen teilnehmen. Und das, obwohl selbst die anwesenden Landesvorstandsmitglieder die Versammlung eindringlich baten, diesen Schritt nicht zu gehen.

Die meisten der weiter oben beschriebenen Vorwürfe fanden bei dieser Entscheidung keine Anwendung. Man wusste mittlerweile, dass die bei der Landesschiedskommission eingebrachten Vorwürfe haltlos waren. Also entschied man sich, einen anderen Weg zu gehen.

Man macht uns zum Vorwurf, dass keine Protokolle unserer Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen existieren und dass zu wenige Sitzungen stattgefunden hätten. Es existieren Protokolle der Sitzungen und wie oft ein Ortsvorstand zu tagen hat, ist nirgendwo klar geregelt. Selbst wenn keine Protokolle existieren würden, ist das ein Grund, einen Ortsverband aufzulösen? Ist es ein Grund, einen Ortsverband aufzulösen, weil er zu wenige Sitzungen abgehalten hat?

Man wirft uns vor, wir würden nicht immer alle Mitglieder zu Versammlungen einladen. Wenn allerdings der Kreisvorstand nicht alle Mitglieder einlädt, schiebt er dies immer ganz schnell beiseite. Man behauptet einfach, man hätte alle Mitglieder eingeladen. Ist es andersrum nicht genau so? Wie

viele unserer Mitglieder (sogar auf Kreisebene) seit Jahren mitkriegen, behauptete Tomas Santillan damals faktisch auf jeder Versammlung, er wäre nicht eingeladen worden. Thomas Klein weiß sogar von einem Vorfall vor 2014 zu berichten, als Rainer Schneider, der spätere Geschäftsführer der Kreistagsfraktion wurde, noch Vorsitzender des Kreisverbandes war. Vor einer Mitgliederversammlung hatte Tomas Santillan einige Mitglieder angewiesen, darunter auch Thomas Klein, zu behaupten, sie hätten keine Einladung erhalten, um die Mitgliederversammlung anfechten zu können.

Ist das Nichteinladen einzelner Mitglieder, oder das angebliche Nichteinladen einzelner Mitglieder, ein Grund einen Ortsverband aufzulösen?

Wir in Bergisch Gladbach halten überwiegend alle zusammen. Wir versuchen gerade Neumitglieder immer wieder dazu zu animieren, in unserem Ortsverband und auch in unserer Fraktion tätig zu werden. Leider nur mit mäßigem Erfolg. Denn wer immer wieder auf der Straße steht sind Thomas Klein, Lucie Misini und Markus Winterscheidt. Eher seltener lassen sich einmal auch andere Mitglieder dort blicken.

Tomas Santillan und Patrick Graf bleiben dabei meist tatsächlich außen vor. Jedoch liegt dies an vielem, was in der Vergangenheit passiert war. Wenn zwei Mitglieder nicht zu unserem „eingeschworenen Team“ gehören, dann sind das Tomas Santillan und Patrick Graf. Das haben sie sich jedoch durch ihr langjähriges intrigantes Verhalten selbst zuzuschreiben. Nun behaupten sie, durch die Auflösung des OV die Rechte einzelner Mitglieder, wobei die beiden nur sich selbst meinen können, schützen zu wollen. Ist dieser Zusammenhalt des OV (außer den beiden) ein Grund, den OV aufzulösen? Was das Einladen der Mitglieder selber angeht: Dafür ist sogar der Kreisvorstand selbst zuständig, da er dem Ortsvorstand aus datenschutzrechtlichen Gründen gar nicht die Möglichkeit gibt, ihre Mitglieder selbst einzuladen. Vor einiger Zeit erhielten wir allerdings trotzdem zum Einladen oben genannten Grillfestes eine Mitgliederliste. Auf dieser waren viele Daten jedoch so veraltet, dass wir damit viele unserer Mitglieder nicht erreichen konnten. Und das ist eben jene Grillveranstaltung, von der man uns nun vorwirft, wir hätten zu dieser nicht alle Mitglieder eingeladen.

In den Medien kommt immer wieder zur Sprache, dass die Fraktion Die Linke mit Bürgerpartei GL viel mehr städtische Gelder abgreift, als jede andere Fraktion im Stadtrat. Erstens ist ein Großteil der Gelder auf den Fraktionspartner Bürgerpartei GL zurückzuführen und zweitens hat unsere Fraktion einige Selbständige. Dabei berechnet die Höhe des Verdienstaufalles die Stadt selbst, anhand vom Ratsherren eingereichter Unterlagen, wie beispielsweise der Steuererklärung. Alles spielt sich im Rahmen der Legalität ab. Schließlich war es auch die CDU Regierung auf Landesebene, die die Verdienstaufallentschädigung von einst 20 € pro Stunde auf 80 € pro Stunde erhöht hat, damit mehr und vor allem auch finanziell besser gestellte Bürgerinnen und Bürger sich der Lokalpolitik widmen. Natürlich kam so eine Diskussion wieder einmal kurz vor der Kommunalwahl auf. Was dem politischen Gegner natürlich gut in die Hände spielt. Dieser heizt das Thema natürlich immer gerne an, in der Hoffnung, uns so für den bevorstehenden Wahlkampf zu schwächen. Was sie nun sogar in extremster Art geschafft haben. Weil Tomas Santillan und der Kreisvorstand für sie die (Drecks-)Arbeit erledigten und dafür sorgten, dass Die Linken Bergisch Gladbach gar nicht an der Kommunalwahl teilnehmen.

Ein Neumitglied, der zuvor noch bestätigte, dass er ja eigentlich gar keine Ahnung von der ganzen Sache habe, sprach in seiner Rede aber trotzdem davon, dass es für ihn auch besser sei, gar nicht zur Wahl anzutreten, als mit Leuten, die in der Vergangenheit Gelder unterschlagen hätten. Niemand hat in irgendeiner Weise Gelder unterschlagen. Und Tomas Santillan und Patrick Graf haben dies auch nie, zumindest öffentlich, behauptet. Und trotzdem sorgten sie mit ihrem Verhalten dafür, dass

Neumitglieder das denken und sie deshalb mit für die Auflösung des Ortsverbandes gestimmt haben. Und selbst wenn einzelne Fraktionsmitglieder Verfehlungen begangen hätten, wäre dies ein Grund den Ortsverband aufzulösen?

Dies waren die Hauptgründe, die die beiden hervorbrachten, um dafür zu sorgen, dass der Ortsverband Bergisch Gladbach aufgelöst wurde. Allerdings wurde dazu über einen Antrag von Patrick Graf abgestimmt, in dem immer noch von Wahlmanipulation die Rede war. Gleichzeitig wurde positiv über einen Leitantrag des Kreisvorstandes entschieden, wo man sich auf einen starken Wahlantritt zu den Kommunalwahlen fokussieren will.